

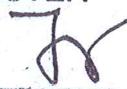


DIE LINKE.

im Fürther Rathaus

- Stadtrat Ulrich Schönweiß -
Königswarterstr. 16
90762 Fürth

Tel. / Fax (tagsüber): 0911 / 43 72 10
e-mail: dielinkegruppefuerth@yahoo.de
www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

OBERBÜRGERMEISTER		
09. SEP. 2011 		
DIPM	DIVZ	z. K.
BMPA	GBT	z. w. V.
RpA	Ref. I	m. d. B. um Stellungnahme/Äußerung
Ref. II	Ref. III	Bitte Antwort zur Unterschrift vorlegen
Ref. IV	Ref. V	Bitte Antwort vor Abrechnung vorlegen
Ref. VI	imfs	Termin

An den
Oberbürgermeister der Stadt Fürth
-Stadtratsangelegenheiten-

Fax.: 0911 / 974-1005

Fürth, den 07.09.2011

Antrag / Anfrage
Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Jung,

beispielsweise fordert der Bundespräsident Christian Wulff, daß die Tragödie im Mittelmeer niemanden gleichgültig sein dürfe. (NN v. 21.06.2011) „Für ein Europa, das in Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie lebt, muss es selbstverständlich sein, Solidarität gegenüber denjenigen zu zeigen, die schutzbedürftig sind“, so Christian Wulff laut NN. Dies bezieht sich auf die vielen Tausende von Todesopfer, die seit geraumer Zeit regelmäßig an Europas Außengrenzen, vor allem eben auch im Mittelmeer, zu beklagen sind. Es handelt sich vor allem um Flüchtlinge aus Afrika, aber auch aus Afghanistan, die dem Krieg entfliehen wollen etc.

Gab es diesbezüglich bereits eine Anfrage oder Gespräche gegenüber oder mit der Stadt Fürth, ob diese bereit ist Flüchtlinge aufzunehmen ?

Falls nicht, beantrage ich dies in die Wege zu leiten.

Als erster Schritt, der diesem nach meiner Meinung vorausgehen müßte, wäre jedoch eine Diskussion innerhalb der Stadtbevölkerung, um eine größtmögliche Akzeptanz zu schaffen und Vorurteile und falsche Argumente im Vorfeld abzubauen.

Beispielsweise werden die Armutsflychtlinge oft als „Wirtschaftsflychtlinge“ bezeichnet, was bereits ein Mißverständnis verursacht. Denn unter „Wirtschaftsflychtling“ werden üblicherweise beispielsweise Steuerflychtige, also Vermögende, die ihr Vermögen „in Sicherheit“ bringen wollen, verstanden.

- 2 -

Bei den Flüchtlingen im Mittelmeer geht es jedoch um das nackte Überleben, um Hunger und Durst.

Bernd Windsheimer schreibt in seinem Buch „Geschichte der Stadt Fürth“, vom „Erfolg durch Zuwanderer“, der nun schon jahrhundertealten Tradition in Fürth immer wieder Flüchtlinge aufzunehmen, wie z.B. Menschen jüdischen Glaubens, reformierte Protestanten, Hugenotten etc. Gerade diese Tradition und dieses Selbstverständnis trägt maßgeblich zu einem friedlichen und gedeihlichen Zusammenleben bei, bin ich der Überzeugung.

Besonders sympathisch finde ich, daß sich Fürth hierbei nicht mit selbstverliehenen Titeln schmückt, sondern entsprechend gehandelt hat und (hoffentlich) handelt. Leider dennoch auch mit „dunklen Flecken“, die natürlich nicht verheimlicht werden sollen.

Ich denke, daß es legitim ist, zunächst eine Diskussion in den städtischen Gremien, Beiräten und gesellschaftlich relevanten Organisationen zu führen, und dann überlegt in die Öffentlichkeit zu tragen, um dann die Aufnahme von Flüchtlingen Realität werden zu lassen.

Auch bin ich überzeugt, daß die verschiedenen Glaubensrichtungen, katholische und evangelische Kirchen, israelitische Kultusgemeinde, Ditib etc., sich konstruktiv an diesem Projekt beteiligen werden. Ich werde ihnen meinen Antrag zur Kenntnis mailen.

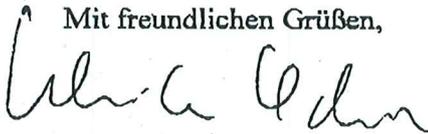
Genauso wie bürgerschaftliches Engagement, worauf wir in Fürth stolz sein können, dies unterstützen wird.

Für wichtig halte ich eine offene und ehrliche Argumentation. Dies trotzdem, daß das bundesdeutsche Asylrecht derart eingeengt ist, daß vor allen Dingen Armutsgründe nicht als Fluchtgründe anerkannt sind; aber eben dennoch ehrlich zu bleiben und wenigstens die sog. „Abschiebehindernisse“, was Armut als Fluchtgrund und humanitäre Gründe darstellen kann, in den Vordergrund zu stellen.

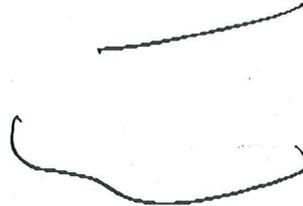
Es könnte auf die jahrelange hervorragende Arbeit unseres Franz Ganster (Caritas) aufgebaut werden, unter Inanspruchnahme seiner Hilfe.

Am Schluß will ich lediglich klarstellend sagen, daß eine Aufnahmeeinrichtung, wie die seinerzeitige Hafenstr. 21a, selbstverständlich keine Aufnahmemöglichkeit darstellt. Ich denke jedoch, daß dies ohnehin klar ist.

Mit freundlichen Grüßen,



Ulrich Schönweiß



Bundespräsident verlangt Solidarität mit Flüchtlingen



Gemeinsam für Afrika: Bundespräsident Christian Wulff traf sich auf einer gleichnamigen Veranstaltung am Weltflüchtlingskongress mit der Theologin Margot Käßmann (re.) und der Chefredakteurin des Magazins Verleihen Africa Positive, Veyo Tatch. Wulff rief die EU zu mehr Engagement für Flüchtlinge auf: „Für ein Europa, das in Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie lebt, muss es selbstverständlich sein, Solidarität gegenüber denen zu zeigen, die schutzbedürftig sind.“ Die Tragödie der Flüchtlinge im Mittelmeer dürfe niemandem gleichgültig sein.

Foto: dpa

Querdenkerin im deutschen Judentum

Rabbinerin Klapheck in Erlangen

ERLANGEN – Elisa Klapheck ist eine von drei Rabbinerinnen in Deutschland, eine Ausnahme im männlich geprägten Judentum. Heute kommt sie nach Erlangen.

Klaphecks Vortrag ist ein Höhepunkt der Ringvorlesung „Mensch, Rechte und Religion“ des Lehrstuhls

WIEN – Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde, Yukiya Amano, hat für seine Organisation mehr Kompetenzen bei der Überwachung von Atomkraftwerken gefordert.

Der Atomunfall in Fukushima haben das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Kommission stark geschwächt

IAEA will mehr Macht

Atombehörde zieht Konsequenzen aus Fukushima

Diese jedoch müssten, anders als bislang, auch verbindlich von den Betreibern einzufordern sein. Neben strengeren Kontrollen innerhalb der Mitgliedsstaaten schlug Amano unter anderem vor, IAEA-Expertenteams nach dem Zufallsprinzip zu Inspektionen in die Atomkraftwerke zu schicken.

Bürger sollen entlastet werden

Steuereinnahmen stark gestiegen

BERLIN – Die schwarz-gebe Bundesregierung lotet angesichts anhaltend sprudelnder Steuereinnahmen mögliche Entlastungen für Bürger und Wirtschaft aus.

Wann sich Spielräume dafür ergeben, ließ Regierungssprecher Steffen

Gereizter Ton in der Koalition

Streit über innere Sicherheit und schwarz-grüne Bündnisse

BERLIN – Union und Linke haben den Streit über innere Sicherheit verschärft. Zugleich gibt es auch Verstimmungen über mögliche schwarz-grüne Annäherungen im Gefolge des Atomassessments.

Bundesjustizministerin, Sab Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und Bayerns Innenminister Jochen Herrmann (CSU) warfen sich gegenseitig vor, das Klima in der Berlin-Koalition zu belasten. „Man Zuerst aus der Union tragen nicht eben zu einem guten Koalitionsklima bei, denken Sie nur an den Stil Auseinandersetzung in der Innen- und Rechtspolitik“, sagte Leutheusser-Schnarrenberger. Eine pauschale Verlängerung der Anti-Terror-Beratungen der Innenminister-Konferenz sind – lehnte sie erneut ab.

Herrmann wiederum mahnte, müsse jedem „verantwortungsvollen Politiker“ bei den Anti-Terror-Gesetzen sowie der Vorratsdatenspeicherung an einer „schneller und wirksamen Lösung“ gelegen sein. „Jetzt verschließt sich dem die FDP und belastet die Berliner Koalition.“

Seehofer dementiert

Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer versichert angesichts der Spekulationen über eine schwarz-grüne Annäherung, dass er die Koalition mit der FDP auch nach der nächsten Bundestagswahl fortsetzen will. Seehofer sagte der *Financial Times Deutschland*, er werde zwar mit dem bayerischen Regierungschef Winfried Kretschmann ein Spiel um Fußball-Weltmeisterschaft Frauen in Augsburg besuchen und sich dabei mit dem Grünen-Politiker auch über Gemeinsamkeiten unterhalten. Dies sei aber „kein Signal